

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| 1. Einleitung..... | 3 |
| 2. Neukaledonien..... | 4 |
| 2.1. Besiedelung und „Entdeckung“ | 4 |
| 2.2. Kolonialisierung und Kolonisierung | 5 |
| 2.3. Dekolonisation?..... | 7 |
| 2.4. Neokolonialismus | 8 |
| 2.5. Schwere Krise und kurzfristige Befriedung | 10 |
| 2.6. Erneute Eskalation der Gewalt..... | 11 |
| 2.7. Spezieller Status einer «Colléctivité à statut particulier» | 11 |
| 2.8. Entkolonialisierung? | 12 |
| 3. Französisch-Polynesien..... | 13 |
| 3.1. Besiedelung und „Entdeckung“ | 13 |
| 3.2. Kolonialisierung und Kolonisierung | 13 |
| 3.3. Dekolonisation?..... | 14 |
| 3.4. Neokolonialismus | 15 |
| 3.5. Zugeständnis der inneren Autonomie | 16 |
| 3.6. Neuer Status einer «Collectivité d´outre-mer» | 18 |
| 4. Zusammenfassung der Entwicklung | 19 |
| 5. Literaturverzeichnis..... | 23 |

Über die Autorin:

Victoria H. E. Rieß wurde 1985 in Nürnberg geboren. 2005 nahm sie nach ihrem Abitur am Gymnasium Eckental das Studium der Soziologie, Sinologie und Geschichte (Magister) an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg auf. Nach einem Studienfachwechsel setzte sie das Studium der Sozialökonomik Schwerpunkt International (Bachelor) ebenfalls an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg fort. Seit 2009 studiert sie an der Universität Passau International Business and Culture Studies. 2008 absolvierte sie ein Praktikum beim Medienprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sofia, Bulgarien, das auf eine Stärkung der Rolle der Medien im Prozess der Demokratisierung und der Konfliktprävention in Südosteuropa abzielte. Von 1995 bis 2001 war sie zudem ehrenamtlich als Ministrantin in der katholischen Pfarrei St. Bonifatius Weißenhohe tätig. Des Weiteren engagierte sie sich 2002 bis 2003 beim Ferienprogramm der Verwaltungsgemeinschaft Gräfenberg und war 2008 bis 2009 als ehrenamtliche Mitarbeiterin bei der Wohnungslosenhilfe „Domus Misericordiae“ des Caritasverbands Nürnberg e.V. tätig.

1. Einleitung

Seit 1960 hatte ein Großteil der Inselgruppen des Südpazifiks die Unabhängigkeit erlangt, und es bildeten sich viele neue Staaten heraus. Die großen Kolonialreiche, die Jahrhunderte für ihre Entstehung brauchten, zerfielen in weniger als zwei Jahrzehnten. Dabei waren die größten Inselgruppen die ersten, die die Unabhängigkeit erreichten: Westsamoa 1962, Nauru, eine kleine Insel mit weniger als 22 Quadratkilometer 1968, Fiji und Tonga 1970. 1975 wurde Papua Neuguinea, der größte der neuen Pazifikstaaten unabhängig, während 1978 die Salomon-Inseln, 1979 Kiribati und 1970 Tonga ebenfalls die Unabhängigkeit erlangten. Hinzukommen West-Neuguinea 1962, Irian Jaya 1969 und das Trust Territory of the Pacific Islands (TTPI), das ab 1978 sukzessiv in die einzelnen Staaten des Commonwealth der Nördlichen Marianen, die Föderierten Staaten von Mikronesien, die Republik der Marshallinseln und die Republik Palau zerfiel. (Vgl. Connell: Independence, dependence and fragmentation in the South Pacific. In: GeoJournal, 1981, S. 583)

Die Unabhängigkeit erreichten jedoch nicht alle Inselgruppen des Südpazifiks. Aus den vielen, im Bezug auf Größe und Einwohnerzahl erheblich kleineren Inselgruppen, die die Unabhängigkeit noch nicht erreicht haben, stechen zwei „Kolonien“ hervor, da beide Inselwelten eine erhebliche Größe vorweisen und in beiden eine Unabhängigkeitsbewegung existiert: Die französischen „Kolonien“ Neukaledonien und Französisch-Polynesien. Insgesamt bilden sie mit sieben anderen Inseln die französischen «collectivités territoriales situées en outre-mer» (Les collectivités territoriales et la décentralisation 2006, S. 87-88), die letzten «confettis de l'Empire» (Guillebaud 1976, Titel). In Anbetracht des Dekolonisierungsprozesses der 1960er und 1970er Jahre in der Pazifikregion stellt sich die Frage, wie die Entwicklung der Kolonialisierung beziehungsweise „Dekolonisation“ der beiden französischen Inselwelten Neukaledonien und Französisch-Polynesien verlief. Inwieweit man heute im Bezug auf Neukaledonien und Französisch-Polynesien überhaupt von Dekolonisation oder Unabhängigkeit sprechen kann oder eher bei den Termini Kolonialismus oder Neokolonialismus verbleiben muss, ist jedoch fraglich.

Die wissenschaftliche Literatur zu Neukaledonien und Französisch-Polynesien umfasst viele, verschiedene Arbeiten. Die meisten Publikationen aus dem angelsächsischen Sprachraum stammen dabei aus Australien, wie die Werke von Robert Aldrich, John Connell sowie Stephen Henningham. Im französischen Sprachraum ist die Auswahl der Fachliteratur über die beiden französischen „Kolonien“ naturgemäß umfassender, wobei unter Anderem die Werke von Jean Chesneaux zu nennen sind. Weniger vielfältig hingegen stellt sich die deutsche Forschungsliteratur dar, die dennoch einige Publikationen wie die von Ulrich Delius, Pierre Jadin und Friedrich von Krosigk umfasst.

Die vorliegende Arbeit ist aufgebaut aus zwei Teilen: Der erste Teil analysiert die Entwicklung Neukaledoniens. Beginnend mit der Besiedelung durch die ersten Einwohner und der „Entdeckung“ durch die ersten Europäer, wird darauffolgend die Phase der Kolonialisierung und Kolonisierung genauer erläutert. Nach der näheren Betrachtung der Frage nach der Dekolonisation in Folge des Zweiten Weltkriegs, widmet sich die Arbeit der Phase des Neokolonialismus. Auf die sich in 1984/85 ereignende schwere Krise gehen wir darauffolgend ein, wobei die nach einer kurzen Befriedung Neukaledoniens einsetzende erneute Eskalation der Gewalt 1988 einer weiteren Erläuterung bedarf. Daran anschließend wird der neu zugeteilte, fortschrittliche Status einer «Colléctivité à statut particulier» betrachtet, der die Gewaltwelle in

Neukaledonien beendete. Zum Ende des ersten Teils kommen wir auf den neuen Status Neukaledoniens, der «Collectivité sui generis», zu sprechen. Der zweite Teil der Arbeit unterzieht die Entwicklung Französisch-Polynesiens einer genauen Analyse. Ähnlich dem ersten Teil werden zunächst die Besiedelung und „Entdeckung“, die Kolonialisierung, die Frage der Dekolonisation und des einsetzenden Neokolonialismus im Bezug auf Französisch-Polynesien erläutert, wobei hier bereits erste Unterschiede und Gemeinsamkeiten beider französischer „Kolonien“ deutlich werden. Des Weiteren wird die 1984 neu erhaltene innere Autonomie Französisch-Polynesiens analysiert und schließlich auf dessen neuen Status einer «Collectivité d’outre-mer» eingegangen. Zum Abschluss der Arbeit erfolgt eine Zusammenfassung der bisherigen Entwicklung beider Inselwelten.

2. Neukaledonien

Neukaledonien liegt östlich von Australien zwischen dem 20. Breitengrad und dem Wendekreis des Steinbocks. Die Inselgruppe erstreckt sich über ein Gebiet von 19.000 Quadratkilometer, was circa 2/3 der Fläche Belgiens entspricht. Die für pazifische Verhältnisse große Hauptinsel (Grand Terre) nimmt eine Fläche von 16.759 Quadratkilometern ein (400 km Länge, 60 km Breite). Daneben existieren weitere kleinere Inselketten: Die Loyalitätsinseln, die Île des Pins, die Belep-Inseln und die Chesterfield-Inseln. (Vgl. Kanaken 1989, S. 5-6) Die Bevölkerung konzentriert sich hauptsächlich auf das südöstliche Ende der Hauptinsel, wo auch die Hauptstadt Nouméa liegt. (Vgl. Gonschor 2002b, S. 2) Die Einwohnerzahl Neukaledoniens wurde am 31. Dezember 2001 auf 216.132 Personen geschätzt. Die Bevölkerung setzt sich nach der Volkszählung von 1996 aus 44,1 Prozent Melanesier, 34,1 Prozent Europäer, 9 Prozent Wallisier und Futunier, 2,6 Prozent Tahitianer, 2,5 Prozent Indonesier und 7,5 Prozent an sonstigen Volksgruppen zusammen. (Vgl. L’outre-mer gouvernement français. Nouvelle-Calédonie o. J., S. 4)

2.1. Besiedelung und „Entdeckung“

Die ersten Bewohner Neukaledoniens waren die Menschen der nach ihrem Fundort benannten Lapita-Kultur. Die archäologischen Funde im Koné-Tal und an anderen Küstenorten Neukaledoniens werden datiert auf die erste Hälfte des 2. Jahrtausends bis 1000 vor Christus. (Vgl. Deterts 2002, S. 55-56)

Die „Entdeckung“ der Inselgruppe erfolgte durch den englischen Weltumsegler James Cook am 4. September 1774 auf seiner zweiten Südseereise. Da die Landschaft ihn an seine Heimat Schottland (Lat.: Caledonia) erinnerte, verlieh er ihr den Namen Neukaledonien. (Vgl. Kanaken 1989, S. 27) Ab 1841 begann die Missionierung durch erste protestantische Missionare der „London Missionary Society“ und französische Maristenpartres. (Vgl. Sarasin 1996, S. 91) Am 24. September 1853 nahm Admiral Auguste Febvrier-Despointes im Namen Frankreichs Neukaledonien und dessen Abhängigkeitsgebiet in Besitz. (Vgl. Bouche 1998, S. 40) In dieser Zeit der ersten Kontakte mit den Europäern 1774-1840 wird die Anzahl der indigenen Bevölkerung, der Kanak¹, auf 40.000 (Shineberg 1998, S. 34) bis 100.000 (Sand 1995, S. 254) geschätzt.

¹ Die Bezeichnung Kanak stammt vom hawaiianischen Wort *kanaka* (Mensch) ab. Zunächst verwendeten die Europäer diesen Begriff als abwertende Bezeichnung der indigenen Bevölkerung des gesamten Pazifiks und später anderer Gebiete. Die neukaledonische Nationalbewegung übernahm je-

2.2. Kolonialisierung und Kolonisierung

Im Jahr 1863 begann die Nutzung Neukaledoniens als Strafkolonie mit dem Ziel der endgültigen Abschiebung der «classes dangereuses et laborieuses». (Merle 1995, S. 400) Im Laufe der nächsten 30 Jahre wurden insgesamt über 30.000 Strafgefangene zunächst auf die Insel Nou bei Nouméa und später auch an die Ost- und Westküste der Hauptinsel deportiert. (Vgl. Deterts 2002, S. 57)

Nicht nur als Sträflingskolonie, sondern auch zur Besiedelung durch „freie Kolonisten“ fungierte die Inselgruppe, denn bereits 1880 gründete Gouverneur Jean Olry die Siedlung Koné als „Zentrum der freien Kolonisierung“. Die Zuwanderung erfolgte in den ersten zehn Jahren jedoch nur schwach und unregelmäßig. (Vgl. Merle 1995, S. 217, 230) Frankreich gab den französischen Kolonisten Anbau- und Weideland, das diese durch extensive Viehhaltung bewirtschafteten. Die Westküste der Hauptinsel stellte lange Zeit den bevorzugten Siedlungsort der „weißen“ Bevölkerung dar, woraus sich immer wieder Konflikte zwischen der neukaledonischen Bevölkerung europäischen Ursprungs, den sogenannten Caldoches, und der indigenen, melanesischen Bevölkerung ergaben. (Vgl. Deterts 2002, S. 58)

Der Fund des Nickel-Minerals Garnierit auf der Hauptinsel durch den Geologen Jules Garnier 1863 bewirkte ab den 1870er Jahren den Abbau der Nickelvorkommen. Der Erzabbau erfolgte mit Unterbrechungen von 1887 bis 1977 durch Arbeitskräfte aus den Gefangenenlagern, Asien (Tonkinesen, Javanesen) und den damaligen Neuen Hebriden. (Vgl. Bensa 1990, S. 78-79; Aldrich: New Caledonia. In: Contemporary French Civilization, Summer 1986, S. 183) Die Minen lagen im Landesinneren, vor allem im Norden, wohingegen sich in Nouméa die einzige Weiterverarbeitungsanlage Neukaledoniens für Nickel befand. Dadurch ergab sich ein soziales und wirtschaftliches Ungleichgewicht zwischen dem Norden und dem Süden der Hauptinsel und gleichzeitig zwischen Kanak und Caldoches. (Vgl. Deterts 2002, S. 60)

Die Unterdrückung der Kanak durch die französische Kolonialregierung erfolgte in Form von Landenteignungen und Umsiedelungen. Ab 1867 wurden die Kanak in Reservate, die sogenannten „tribus“, zusammengedrängt. In den Jahren 1876 bis 1900 verkleinerte die französische Kolonialregierung sukzessiv die Grenzen des von Kanak bewohnten Landes auf 300 „tribus“, so dass die indigene Bevölkerung nur noch 7 bis 8 Prozent der Gesamtfläche der Insel „besaß.“ (Vgl. Dauphiné 1989, S. 274) Die Landumsiedelung war für die Kanak ein großes Trauma, denn das Land war für sie sowohl Subsistenzgrundlage als auch mythischer Bezugspunkt ihrer sozialen Identität. (Vgl. Gallien: Nouvelle-Calédonie. In: Lendemains, 1985, S. 89) Für die Kanak bildeten Menschen, Tiere, der Tod und das Land eine Einheit:

«Paysage, dessin de village, société, défunts et êtres mythiques ne forment qu'un ensemble non seulement indivisible, mais encore pratiquement indifférencié. Ce qui veut dire que l'espace ici est peu intéressant par sa réalité objective. On ne peut donc pas l'hypothéquer, le vendre ou le violer par des travaux qui en bouleversent la physionomie, car ce serait porter atteinte à des aspects divers de l'incarnation du mythe.» (Tjibaou 1996, S. 68)

doch in den 1970er Jahren die Bezeichnung und veränderte seine Bedeutung, denn durch die veränderte Schreibweise *Kanak* anstatt des französischen *Canaque* wurde er zum Ausdruck des Nationalbewusstseins der indigenen Bevölkerung. (Vgl. Gonschor 2002b; S. 2)

Eine Entwurzelung aus ihrem angestammten Land kam deshalb einer Abtrennung von ihrem legendenbehafteten Lebensmittelpunkt gleich. (Vgl. Aldrich: New Caledonia. In: Contemporary French Civilization, Summer 1986, S. 177-178)

Des Weiteren erfolgte die Unterdrückung der französischen Kolonialregierung durch den sogenannten «Code de l'Indigénat» von 1887. Diese Gesetze für die Kanak stellten die indigene Bevölkerung außerhalb des für die europäische Bevölkerung geltenden Rechts und schufen ein Apartheid-ähnliches System durch Zwangsarbeit, „Kopfsteuer“ etc. Erst mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der «Code de l'Indigénat» 1946 abgeschafft. (Vgl. Deterts 2002, S. 62-63)

Die koloniale Unterdrückung forderte den Widerstand der Kanak heraus. Allein in den Jahren 1843 bis 1870 ereigneten sich 46 Widerstandsaktionen. (Vgl. Kanaken 1989, S. 31) Die größte Revolte, die die Ausmaße einer ethnischen Rebellion annahm, entbrannte von Juni 1878 bis April 1879, da zum einen die Länge des Aufstandes zum anderen die damit verbundene Symbolik bezeichnend waren. Insgesamt starben über 200 Kolonisten und mehr als 1200 Kanak, wobei weitere 1200 Kanak auf die Pinieninsel, nach Bélep und Tahiti deportiert wurden. Der Anführer der Kanak war Atai, ein kanakischer Häuptling aus La Foa. Die symbolische Bedeutung des Aufstandes macht die Einstellung Atais deutlich: Als Atai beim französischen Gouverneur gegen die Viehherden der europäischen Kolonisten protestierte, riet der ihm, Zäune zu bauen, worauf Atai antwortete: «Lorsque les taros iront manger les boeufs, je construirai des barrières.» Zum Treffen mit dem Gouverneur kam Atai mit zwei Säcken, dem einen gefüllt mit Erde, dem anderen mit Steinen und sagte: «Voilà ce que nous avons et voici ce que tu nous laisses.» (Aldrich: New Caledonia. In: Contemporary French Civilization, Summer 1986, S. 181; Aldrich 1996, S. 208).

Noch einmal im Jahr 1917 erfolgte ein zweiter großer Aufstand mehrerer kanakischer Gruppen im Norden der Hauptinsel, der von langer Hand durch Clanchef Doui Philippe Bouarate geplant und durch die Zwangsrekrutierung kanakischer „Freiwilliger“ für den Ersten Weltkrieg ausgelöst wurde. (Vgl. Sarasin 1996, S. 92) Obwohl dieser Aufstand in seinen Ausmaßen nicht mit dem von 1878 zu vergleichen war, wurde er vom französischen Militär brutal niedergeschlagen und der kanakische Anführer Noël Néama Pwatiba getötet. (Vgl. Kanaken 1989, S. 32) Alle Rebellionen konnten von der Kolonialregierung unterdrückt werden und wurden mit einer «stratégie de la terre brûlée» (Merle 1995, S. 112) bestraft: Unterdrückung durch Einschüchterung, Abbrennen von Hütten und ganzen Dörfern, Zerstörung von Pflanzungen, Bodenenteignung, Zwangsumsiedelung von Dorfgemeinschaften, aber auch Hinrichtungen und Massaker. (Vgl. Kanaken 1989, S. 31)

Anfang des 20. Jahrhunderts war die Anzahl der kanakischen Bevölkerung durch die von Europäer eingeschleppten Krankheiten (Grippe, Mumps, etc.) und durch die Folgen des Landraubs (Hunger, Aufstände und Unterdrückung) auf ein Minimum von 27.100 im Jahr 1921 reduziert. (Vgl. Shineberg 1983, S. 41) Diesen dramatischen Bevölkerungsrückgang registrierten auch die ersten Beobachter des 19. Jahrhunderts: «Ce qui frappe en premier lieu les tous premiers observateurs du XIX^e siècle, c'est la fréquence des décès. La mort est omni-présente dans ces sociétés». (Zit. nach Sand 1995, S. 308)

2.3. Dekolonisation?

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges schilderte der den Kanak nahestehende Caldoche Francois Burck die Situation der Kanak folgendermaßen:

„1944 lebten die Kanaken in den Reservaten, in denen sie sich ständig aufhalten mußten, unter einem besonderen Statut, das ermöglichte, sie zur Zwangsarbeit zu verpflichten, ihnen den Schulbesuch verbot und ihnen unter anderem das Wahlrecht vorenthielt.“ (Kanakanen 1989, S. 32)

Nach dem Zweiten Weltkrieg verbesserte sich die Situation der französischen Kolonialvölker leicht, denn mit der Gründung der IV. Republik wurde das 1946 Wahlrecht erweitert und die Repräsentation der Überseegebiete in der Pariser Nationalversammlung festgelegt. Des Weiteren erhielten alle Einwohner der Überseegebiete die französische Staatsbürgerschaft. (Vgl. Linder: Die Neukaledonien-Krise. In: Vierteljahresberichte, September 1987, S. 296) Im Rahmen der seit 27.10.1946 existenten «Union Française» erhielt 1956/57 die politische Emanzipation weiteren Auftrieb.

Nach der französischen Meinung war dadurch die Entkolonialisierung abgehakt, da die formelle Gleichstellung der kolonialen Bevölkerung mit Frankreich erreicht war. Die TOM wurden infolgedessen als integraler Bestandteil Frankreichs mit rechtlichen Sonderregelungen aufgefasst. Faktisch jedoch existierte das Kolonialsystem weiter, da die gewählte Versammlung keinerlei Vollmachten und alle Macht sich bei dem von Paris ernannten Gouverneur konzentrierte. (Vgl. Gonschor 2002b, S. 2) In der kanakischen Bevölkerung regte sich daher immer stärkere Unzufriedenheit und starke Unabhängigkeitsbestrebungen formierten sich.

1956 gründete sich die erste Oppositionspartei «Union Calédonienne» (UC), die eine Sammlungspartei der weißen Oberschicht und der Missionare darstellte, die sich selbst als Sprachrohr der Kanak sahen. Die Führung der Partei übernahm der Franzose Maurice Lenormand, der auch, nachdem 1951 die Erlaubnis erteilt wurde, als erster Deputierter Neukaledoniens in das französische Zentralparlament einzog. (Vgl. Linder: Die Neukaledonien-Krise. In: Vierteljahresberichte, September 1987, S. 297) Die Forderungen in ihrem Parteiprogramm, wie den Zugang zum Beamtenstatus, die Angleichung der Löhne etc., beziehen sich vor allem auf die Gleichberechtigung der indigenen Bevölkerung nach dem Slogan «deux couleurs [sic!], un seul peuple» (Blay: Self-determination and the crisis in New Caledonia. In: Asian Survey, August 1988, S. 867; Vgl. Deterts 2002, S. 69).

1956 gab das «Loi cadre» unter DOM-TOM-Minister Gaston Defferre nun auch Neukaledonien den Status eines TOM. Infolgedessen erhielten die Neukaledonier 1957 das allgemeine und gleiche Wahlrecht und eine begrenzte innere Autonomie: Das «Conseil général», das nur eine beratende Funktion gegenüber dem Gouverneur besaß, wurde durch eine frei gewählte «Assemblée territoriale» mit exekutiven Kompetenzen im sozialen und kulturellen Bereich ersetzt. Der vom Territorialparlament frei gewählte Vizepräsident fungierte de facto als Regierungschef Neukaledoniens, obwohl dem Gouverneur eine große Macht als Verwaltungschef und oberster Repräsentant Frankreichs zufiel. (Vgl. Linder: Die Neukaledonien-Krise. In: Vierteljahresberichte, September 1987, S. 297)

2.4. Neokolonialismus

Nach dieser relativ positiven Entwicklung wurde in der V. Republik unter De Gaulle ab 1958 der Autonomiestatus wiederaufgehoben und ein autoritäres Kolonialsystem wiedereingeführt. (Vgl. Gonschor 2002b, S. 3) Zum einen beschränkte die „Lois Jacquinet“ vom 21. Dezember 1963 und die «Lois Billotte» vom 3. Januar 1969 die Kompetenzen der Territorialregierung zum Vorteil der französischen Zentralregierung und der Gemeinderäte in Neukaledonien. (Vgl. Kanaken 1989, S. 40-41) Zum anderen wurde seit 1962 die persönliche Entmachtung Lenormands, vorangetrieben. Nach der Aberkennung seiner Bürgerrechte 1962 wurde Lenormands 1963 unter dubiosen Vorwürfen verurteilt und 1967 verhaftet, wodurch der UC Führer und Ministerpräsident der autonomen Regierung bis 1971 von der politischen Szene verschwand. (Vgl. Desliat: Nouvelle-Calédonie. In: Regards sur l'actualité, September-Oktober 1988, S. 11) Der Grund für dieses repressive Verhalten de Gaulles gegenüber Neukaledonien war ein strategischer, denn das eigentliche Ziel Frankreichs war es, die reichhaltigen Nickelvorkommen in Neukaledonien (ca. 1/3 der Weltreserven) zu sichern. (Vgl. Gonschor 2002b S. 3)

Der Nickelboom zwischen 1969 und 1972 beschleunigte die Marginalisierung der Kanak, denn er führte zur Masseneinwanderung von Europäern (5.000) und Einwohnern der Inseln Wallis und Futuna (2.000). (Vgl. Desliat: Nouvelle-Calédonie. In: Regards sur l'actualité, September-Oktober 1988, S. 13) Infolgedessen wurde die kanakische Bevölkerung zur Minderheit im eigenen Land, so dass in der Volkszählung von 1983 die Melanesier nur noch 43 Prozent der Gesamtbevölkerung darstellten. (Vgl. Henningham: A dialogue of the deaf. In: Pacific Affairs, Winter 1988/1989, S. 639) Vom wirtschaftlichen Aufschwung profitierte jedoch hauptsächlich die „weiße“ Bevölkerung in Nouméa. Aufgrund des zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichts zwischen Caldoches und Kanak, zwischen Nouméa und dem „übrigen Hinterland“ Neukaledoniens, das im neukaledonischen Französisch abwertend «la brousse» genannt wurde, häuften sich die Spannungen in den darauffolgenden Jahren. (Vgl. Deterts 2002, S. 69)

Die politische Ernüchterung, wirtschaftliche Frustration und Enttäuschung, demographische Marginalisierung und das Gefühl des sozialen und kulturellen Ausschlusses führen Ende der 1960er und 1970er Jahre zu einer Radikalisierung besonders unter den jungen Kanak. (Vgl. Desliat: Nouvelle-Calédonie. In: Regards sur l'actualité, September-Oktober 1988, S. 13) Gruppen, wie die «Foulards Rouges» oder die «Groupe 1878», setzten sich für eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte ein. Im Rahmen von Straßendemonstrationen und antikolonialistische Aktionen wurden erste Forderungen nach Unabhängigkeit in Form eines Staats „Kanaky“, nach Souveränität der Kanak über Neukaledonien und nach einem Eingeständnis der rechtswidrigen Landenteignungen durch die europäischen Kolonisten laut: Die moderne kanakische Nationalbewegung war geboren. (Vgl. Kanaken 1989, S. 43; Deterts 2002, S. 69-70) 1975 formierte sich ein «Comité de coordination pour l'indépendance kanak», die sehr radikale «Parti de libération kanak» (PALIKA). (Vgl. Desliat: Nouvelle-Calédonie. In: Regards sur l'actualité, September-Oktober 1988, S. 13-14)

Trotz einer Häufung der gewaltsamen Zwischenfälle ignorierte die französische Regierung bis 1975 die sich anbahnenden Schwierigkeiten beinahe vollständig. (Vgl. Linder: Die Neukaledonien-Krise. In: Vierteljahresberichte, September 1987, S. 298)

Die erste öffentliche Forderung nach Unabhängigkeit ging von Yann C. Urégéi, einem ehemaligen UC-Politiker, in seiner Rede vor der «Assemblée Territoriale» am 6. September 1975 aus:

„We demand Kanak independence as the logical end to the policy of colonial exploitation led by the French government. We have rejected integration, and only Kanak independence will acknowledge the existence and cultural identity of the Kanak people. [...] We say NO to the French government, YES to Kanak independence, YES to a Free New Caledonia.” (Dornoy 1984, S. 276)

Die Reaktion der französischen Regierung darauf beläuft sich unter 1970er Georges Pompidou und Valéry Giscard d'Estaing auf eine neue, gezielte Einwanderungs- beziehungsweise Ansiedlungspolitik von Franzosen und anderen DOM-TOM-Mitgliedern auf der Insel, um Neukaledonien dauerhaft zu kontrollieren. (Vgl. Robie 1989, S. 268; Deterts 2002, S. 70; Connell: The fight for Kanaky. In: Australian Geographer, Mai 1987, S. 57) Der Brief des Premierministers Pierre Messmer an Xavier Deniau, den DOM-TOM-Minister, vom 19. Januar 1972 beweist die französische «opération de peuplement outre-mer» (Desliat: Nouvelle-Calédonie. In: Regards sur l'actualité, September-Oktober 1988, S. 14) die neuen Immigranten als Arbeitskräfte und sichere Wähler nach Neukaledonien zu holen: (Vgl. Ward/ Connell/ Spencer 1988, S. 3)

«A court et à moyen termes, l'immigration massive de citoyens français métropolitains ou originaires des départements d'outre mer (Réunion), devrait permettre d'éviter ce danger, en maintenant et en améliorant le rapport numérique des communautés. A long terme, la revendication nationaliste autochtone ne sera évitée que si les communautés non originaires du Pacifique représentent un masse démographique majoritaire.» (La «circulaire Messmer» de janvier 1972. abgedruckt in: Desliat: Nouvelle-Calédonie. In: Regards sur l'actualité, September-Oktober 1988, S. 14)

Die Zahlen der Volkszählung 1983 zeigen deutlich, dass es tatsächlich gelang, die Kanak zur Minderheit im eigenen Land zu machen, denn in einem Zeitraum von nur 20 Jahren wurde die indigene Bevölkerung durch die Ankunft der Nicht-Melanesier regelrecht „überflutet“ (Aldrich: New Caledonia. In: Contemporary French Civilization, Summer 1986, S. 188).

Aufgrund der schwelenden sozialen Konflikte in Neukaledonien legte die französische Regierung letztendlich 1978 eine langfristige Wirtschafts- und Sozialreform zugunsten der Kanak fest. (Vgl. Deterts 2002, S. 70) Der nach dem Staatssekretär des DOM-TOM Ministeriums benannte „Dijou-Plan“ sah Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft der Kanak und eine Landreform – «une vieille promesse, presque un mythe» (Aldrich: New Caledonia. In: Contemporary French Civilization, Summer 1986, S. 15) – vor. Des Weiteren wurde die innere Autonomie Neukaledoniens, die seit 1963 abgeschafft war, im Bereich der Verwaltung teilweise wiederhergestellt. (Vgl. Desliat: Nouvelle-Calédonie. In: Regards sur l'actualité, September-Oktober 1988, S. 14)

2.5. Schwere Krise und kurzfristige Befriedung

In den 1980er Jahren, als die Sozialisten unter Mitterrand an die Macht kamen, schlug Frankreich einen „Weg der Mitte“ an und leitete weitere Reformen ein, die weder das Fortbestehen des Kolonialismus noch die Unabhängigkeit garantierten. (Vgl. Deterts 2002, S. 70) Im Januar 1983 war die Lage im Überseeterritorium dermaßen angespannt, dass die Regierung Mitterrand alle neukaledonischen Gruppierungen zu einer Gesprächsrunde vom 8. bis 12. Juli 1983 nach Nainville-les-Roches zusammenrief. Paris kam den Separatisten entgegen und schlug das «Statut Lemoine» vor, das bis zu diesem Zeitpunkt die größte innere Autonomie beinhaltete. Trotz der Tatsache, dass die anti-independentistische Siedlerpartei «Rassemblement pour la Calédonie dans la République» (RPCR) ihre Unterschrift unter das Abkommen verweigerte, war es die Vereinigung der Kanak-Parteien, die «Front Indépendantiste» (FI), die in der «Assemblée territoriale» gegen das «Statut Lemoine» Veto einlegte, da das geplante Referendum über die Selbstbestimmung erst 1989 stattfinden sollte. (Vgl. Deslhiat: Nouvelle-Calédonie. In: Regards sur l'actualité, September-Oktober 1988, S. 17-20) Da die französische Regierung im Bezug auf die Wahlbestimmungen, die jedem dort lebenden Franzosen das Stimmrecht zusprachen, nicht nachgeben wollte, rief der in «Front de Libération Nationale Kanak et Socialiste» (FLNKS) umbenannte FI unter dem noch amtierenden Regierungschef Jean-Marie Tjibaou zum «active boycott» (Ward/ Connell/ Spencer 1988, S. 11) der im «Statut Lemoine» vorgesehenen Wahlen zur Territorialversammlung im November 1984 auf. (Vgl. Linder: Die Neukaledonien-Krise. In: Vierteljahresberichte, September 1987, S. 300) Dadurch erlangten die entschiedenen Unabhängigkeitsgegner des RPCR eine überwältigende Mehrheit mit 70,98 Prozent der Stimmen, was den Prozess der politischen Emanzipation des TOM stoppte. (Vgl. Deslhiat: Nouvelle-Calédonie. In: Regards sur l'actualité, September-Oktober 1988, S. 20-21)

Daraufhin führte die schwere Krise von 1984 bis 1985 Neukaledonien an den Rand eines Bürgerkrieges. Nach anfänglichen Protestaktionen der Melanesier forderten die blutigen Unruhen durch die Ermordung von zehn interdependentistischen Melanesiern am 5. Dezember 1984 bei Hienghène weitere Opfer und fanden in der Erschießung des radikalen FLNKS-Führungsmitgliedes Eloi Machoro durch französische Sicherheitskräfte am 12. Januar 1985 ihren traurigen Höhepunkt. (Vgl. Aldrich 1993, S. 245-248)

Letztendlich gelang es der Regierung Mitterrand durch den sogenannten „Fabius-Pisani-Plan“ vom 25. April 1985 die bürgerkriegsähnlichen Zustände zunächst zu beruhigen. (Vgl. Gonschor 2002b, S. 6) Er sah ein Konzept der «Indépendance-association avec la France» (Linder: Die Neukaledonien-Krise. In: Vierteljahresberichte, September 1987, S. 302-303), ein Referendum über die Selbstbestimmung für das Jahr 1987, eine Aufteilung des Territoriums in vier Regionen, sowie eine wirtschaftliche Förderung der kanakisch verwalteten Regionen vor. Das entsprechende Gesetz vom 23. Oktober 1985 erlaubte immerhin eine gewisse lokale Autonomie, wodurch die separatistische FLNKS, aber auch der anti-independentistische RPCR zustimmten. (Vgl. Aldrich 1993, S. 248-249) Bei den Regionalwahlen im September 1985 kam es zu einer Verstärkung der politischen Polarisierung, denn die FLNKS erlangte die Majorität in drei der vier Regionen und das RPCR gewann die Mehrheit in der Region Nouméa. (Vgl. Deslhiat: Nouvelle-Calédonie. In: Regards sur l'actualité, September-Oktober 1988, S. 25-27)

2.6. Erneute Eskalation der Gewalt

Als jedoch von 1986 bis 1988 die gaullistisch-konservative Regierung unter Chirac in Frankreich an die Macht kam, wurde der politische Regionalisierungs- beziehungsweise Emanzipationsprozeß, der durch den „Fabius-Pisani-Plan“ unter der sozialistischen Regierung Mitterrands eingeleitet wurde, erneut rückgängig gemacht und eine neokoloniale Politik eingeführt. (Vgl. Kanaken 1989, S. 61; Deterts 2002, S. 70-71) Die Regionen, die von der FLNKS verwaltet wurden, behinderte man in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. (Vgl. Gonschor 2002, S. 6) Die militärische Präsenz in Neukaledonien wurde besonders in den kanakischen Reservaten im Landesinneren stark erhöht, um durch die Taktik der sogenannten Nomadisierung die indigene Bevölkerung einzuschüchtern. (Vgl. Kanaken 1989, S. 58; Aldrich 1993, S. 250) Des Weiteren wurde das «Statut Pons» im Juli 1986 lanciert, benannt nach dem DOM-TOM-Minister Bernard Pons, das die Aufteilung des „Fabius-Pisani-Plans“ in vier Regionen revidierte. Das Überseeterritorium wurde dezentral in nur mehr drei Regionen aufgeteilt, wobei sich das politische Gleichgewicht durch die Dominanz der Anti-independentisten in zwei der drei Regionen zuungunsten der FLNKS verschob. (Vgl. Deslhiat: Nouvelle-Calédonie. In: Regards sur l'actualité, September-Oktober 1988, S. 31-32; Aldrich 1993, S. 250)

Als jedoch im September 1987, wie vorgesehen, das Referendum über die Selbstbestimmung abgehalten wurde, boykottierte die FLNKS die Volksabstimmung, da der Ausgang der Abstimmung aufgrund des geltenden Wahlrechts und der überwiegenden Mehrheit der französischen Siedler in Neukaledonien bereits für den Verbleib bei Frankreich determiniert war. (Vgl. Südsee-Volk, S. 61; Gonschor 2002b, S. 6) Aufgrund der Wahlenthaltung von 40,9 Prozent stimmten 98,3 Prozent der Wähler für den Verbleib bei Frankreich – ein Sieg für Chirac und Pons, eine Farce für die FLNKS. (Vgl. Deslhiat: Nouvelle-Calédonie. In: Regards sur l'actualité, September-Oktober 1988, S. 29, Aldrich 1993, S. 250)

Die Freisprechung der Täter des Hinterhalts in Hienghène vom 5. Dezember 1984, die Anwendung des „Pons-Gesetzes“ und das Zusammenfallen der Ereignisse mit den französischen Präsidentenwahlen im April 1988 riefen eine erneute Eskalation der Gewalt hervor. (Vgl. Deslhiat: Nouvelle-Calédonie. In: Regards sur l'actualité, September-Oktober 1988, S. 31-34) Am 22. April griffen militante Separatisten die Gendarmerie von Fayaoué an, töteten vier Beamte und nahmen 27 Polizisten als Geisel in einer Höhle auf der Insel Ouvéa. (Vgl. Sarasin 1996, S. 95) Als nach zwei Wochen französische Elitetruppen die Höhle stürmten und die Geiseln befreiten, wurden zwei Soldaten und alle 19 beteiligten Kanak unter ungeklärten Umständen getötet. (Vgl. Bensa 1990, S. 122) Währenddessen steigerte sich das Klima der Gewalt aus Straßensperren und «comités de lutte» der Independentisten, die von bewaffneten Milizen der weißen Siedler beantwortet wurden, zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen mit über 100 Toten. (Vgl. Deslhiat: Nouvelle-Calédonie. In: Regards sur l'actualité, September-Oktober 1988, S. 34; Gonschor 2002b, S. 6)

2.7. Spezieller Status einer «Colléctivité à statut particulier»

Erst die nach der Wiederwahl Mitterrands ernannte sozialistische Regierung unter Premierminister Michel Rocard beendete die Spirale der Gewalt seit 1986, indem sie den Führer des FLNKS Jean-Marie Tjibaou und den Führer des RPCR Jaques Lafleur zu Verhandlungen an einen Tisch brachte. Am 26. Juni 1988 wurde daraufhin ein dauerhaftes Friedensabkommen in Form der „Matignon-Verträge“ unterzeichnet.

(Vgl. Aldrich 1993, S. 254) Das Abkommen beinhaltete für 10 Jahre eine Politik des «rééquilibrage» (Blanchet 1999, S. 37-41), das heißt eine Führung des Gesamtterritoriums durch den französischen Staat, um das koloniale Erbe des wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichts auszugleichen. Des Weiteren war ein Referendum über die Selbstbestimmung im Jahr 1998 vorgesehen, bei dem diejenigen Bewohner Neukaledoniens die Wahlberechtigung inne haben sollten, die bereits 1988 auf der Insel lebten. (Vgl. Desliat: Nouvelle-Calédonie. In: Regards sur l'actualité, September-Oktober 1988, S. 39) Im Rahmen der Dezentralisierung wurden die ehemaligen Regionen durch drei neue Provinzen, der bevölkerungsreiche Süden, der ländliche Norden und die vorgelagerten Inseln, ersetzt. (Vgl. Aldrich 1993, S. 254) Den Vorsitz der einzelnen Provinzen hatten jeweils eine gewählte Versammlung und ein Präsident inne, die gemeinsam den „Kongress des Territoriums“ bildeten. Die Zuständigkeit der Provinzen lag im sozialen und kulturellen Bereich, wobei die Provinzen auch ausschließlich die Provinzen betreffende Kompetenzen erhielten, welche vorher von Nouméa ausgeübt wurden. (Vgl. Devaux 1997, S. 75-92) Bei den Wahlen 1989 erreichte der RPCR die Mehrheit in der Südprominz, wohingegen der FLNKS die Majorität in der Nordprominz und der Prominz der Inseln erlangte. (Vgl. Deterts 2002, S. 71)

Nach Verhandlungen über die politische und wirtschaftliche Zukunft des Überseeterritoriums, insbesondere den Wahlmodus, den Autonomiestatus sowie die Nickelindustrie betreffend, wurde der FLNKS deutlich, dass trotz einer Beschränkung des Wahlrechts das Referendum nicht die Unabhängigkeit Neukaledoniens bringen würde. (Vgl. Chappell: The Noumea accord. In: Pacific Affairs, Herbst 1999, S. 382-385, 387) Da auch das RCPR fürchtete, dass ein knapper Ausgang der Volksabstimmung gegen die Unabhängigkeit erneute Gewalt hervorrufen würde, einigten sich beide Konfliktparteien unter Premierminister Lionel Jospin darauf, dass für 1998 geplante Referendum zu verschieben. (Vgl. Deterts 2002, S. 71) Anstelle dessen unterzeichneten sie am 5. Mai 1998 das „Abkommen von Nouméa“. Durch den Autonomievertrag wandelte sich der politische Status Neukaledoniens von einem TOM zu einer «Colléctivité à statut particulier». (Vgl. Les collectivités territoriales et la décentralisation 2006, S. 88, 93) Ähnlich den „Matingon-Verträgen“ war eine stärkere Übertragung staatlicher Kompetenzen an die legislativen und exekutiven Behörden Neukaledoniens vorgesehen. (Vgl. Deterts 2002, S. 72) Des Weiteren beinhaltete der Vertrag eine eigene neukaledonische Angehörigkeit sowie gesetzgeberische Kompetenzen für den neukaledonischen Kongress, der eine Landesregierung wählt. Das für das Jahr 2014 geplante Referendum über die Selbstbestimmung entscheidet bei einem positiven Ausgang für die Unabhängigkeit darüber, selbst die hoheitlichen Kompetenzen (Polizei, Verteidigung, Strafjustiz, Geldwesen, etc.) an die neukaledonische Landesregierung zu übertragen. Durch die Übergabe der derzeit in der ausschließlichen Zuständigkeit des französischen Staates liegenden Befugnisse wäre die staatliche Souveränität, die Unabhängigkeit von Frankreich erreicht. (Vgl. Chappell: The Noumea accord. In: Pacific Affairs, Herbst 1999, S. 386; Deterts 2002, S. 72)

2.8. Entkolonialisierung?

Die Frage der Entkolonisierung Neukaledoniens bleibt dennoch offen, denn die Verfassungsänderung vom 28. März 2003 und das Übersee-Gesetz «Loi de programme pour l'outre-mer» vom 21. Juli 2003 wandelten Neukaledonien in eine «Collectivité sui generis», eine zu Frankreich gehörige Überseegemeinschaft mit besonderem Status, um. Dies beinhaltet die Einführung einer neukaledonischen Staatsbürgerschaft und die Neu-Aufteilung der Kompetenzen zwischen französischem Staat und

Neukaledonien auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen, wo die Kompetenzen bisher geteilt waren. So darf der neukaledonische Regierungspräsident mit anderen Pazifik-Staaten Abkommen aushandeln, wohingegen die Unterzeichnungsgewalt bei Frankreich verbleibt. Außerdem darf Neukaledonien über Vertretungen in diesen Staaten verfügen. Des Weiteren unterliegen die „Gesetze des Landes“, die vom Kongress beschlossen werden, der Kontrolle des Verfassungsrates. (Vgl. Les collectivités territoriales et la décentralisation 2006, S. 92-93; Botschaft Frankreich, o. S.)

3. Französisch-Polynesien

Französisch-Polynesien, gelegen im südlichen Pazifik, besteht aus 115 Inseln, die sich über ein Gebiet der Größe Mitteleuropas verteilen. Die Landoberfläche beträgt mit nur 3.600 Quadratkilometern die Hälfte der Fläche Korsikas. Fasst man jedoch die 200 Kilometer Meereszone dazu, ergibt sich ein Überseegebiet von 5 Millionen Quadratkilometer Ausdehnung. Französisch-Polynesien unterteilt sich dabei in vier, weit voneinander entfernt liegende Inselgruppen: Die 14 Gesellschaftsinseln, wie die Inseln des Windes mit Tahiti als Hauptinsel und die Inseln unter dem Wind, stellen mit 80 Prozent der Bevölkerung Französisch-Polynesiens die flächenmäßig größte Inselgruppe dar. Daneben unterscheidet man die elf Marquesas-Inseln, die sechs Austral-Inseln sowie die 84 Inseln im Tuamotu-Gambier-Archipel. (Vgl. Delius 1990, S. 4; Jadin 1994a, S. 1) Nach der Volkszählung 2002 zählt Französisch-Polynesien 245.405 Einwohner, von denen 83 Prozent Polynesier, 12 Prozent Europäer und 5 Prozent asiatischer Abstammung sind. (Vgl. L'outre-mer gouvernement français. Polynésie française o. J., S. 2)

3.1. Besiedelung und „Entdeckung“

Die Besiedelung Französisch-Polynesiens, das belegen archäologische Funde, erfolgte aus dem Süden Asiens in mehreren Wellen, wobei die früheste auf das Jahr 200 vor Christus datiert ist. (Vgl. Rossignol: Polynésie Française. L'Autonomie interne. In: Regards sur l'actualité, 1984, S. 15) Mit der Besiedelung der Gambierinseln 1200 nach Christus war die Erschließung der Inselwelt durch die Polynesier abgeschlossen. Im 16. Jahrhundert begann die Aufzeichnungen über die Gesellschaftsinseln mit der Entdeckung des Tuamotu-Archipels durch Ferdinand Magellan 1521. (Vgl. Jadin 1994a, S. 4-5) Jedoch wurde erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Inselwelt Französisch-Polynesiens systematisch erforscht, wobei insbesondere ab 1769 die drei Südseereisen James Cooks ihren Teil dazu beitrugen. (Vgl. Bachimon 1990, S. 33-35) Am 2. April 1768 erreichte der französische Entdecker Louis Antoine de Bougainville Tahiti und nahm die Gesellschaftsinseln für Frankreich in Besitz. (Vgl. Baré 1990, S. 67; Chesneaux/ Maclellan 1992, S. 51-52)

3.2. Kolonialisierung und Kolonisierung

Ab 1796 begann die Missionierung und erste europäische Siedlungsversuche. Die tahitianische Königin Pomare IV. stimmte erst 1847 aufgrund der Bedrohung durch französische Kriegsschiffe der Unterstellung Tahitis unter das französische Protektorat zu, wobei dies ebenfalls den unnachgiebigen Kampf um die Vorherrschaft zwi-

schen den protestantischen Missionaren aus England und den katholischen aus Frankreich beendete. (Vgl. Jadin 1994a, S. 5) Als am 29. Juli 1880 der letzte tahitianische König Pomare V. abdankte, wurde die Annektion der Insel durch Frankreich vollzogen. In den darauffolgenden Jahren bis 1900 nahm Frankreich beständig die weitere Inselwelt Französisch-Polynesiens in Besitz, das zunächst unter dem Namen «Etablissements Français de l'Océanie» geführt und 1957 in «Polynésie française» umbenannt wurde. (Vgl. Aldrich 1996, S. 70-71; Gonschor 2002b, S. 1)

Ebenso wie die Kanak in Neukaledonien leisteten die Maohi in Polynesien bis 1900 erbitterten Widerstand gegen die französische Kolonialmacht. Bereits zwischen 1844 und 1846 entbrannte ein wahrhafter Krieg zwischen Frankreich und den gut bewaffneten Truppen der tahitianischen Königin Pomaré IV., der seinen Höhepunkt im Gefecht von Faa'a am 29. Juni 1844 fand. In den folgenden Jahren ereigneten sich immer wieder Revolten, wie auf der Île d'Anaa im Tuamotou-Archipel (1852), der Île de Rapa auf den Austral-Inseln (1887), die sich auf den Inseln unter dem Wind von 1888 bis 1897 zu erheblichen Aufständen steigerten. (Vgl. Chesneaux/ Maclellan 1992, S. 70)

In Französisch-Polynesien war, anders als in Neukaledonien, nicht die ethnische Separation der indigenen Bevölkerung, sondern das Prinzip der «Métissage» die dominierende Konstante der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Maohi vermischten sich sehr eng mit den europäischen und asiatischen Einwanderern, was insbesondere für die sogenannten «demis», die sich aus europäischen Siedlern und der indigenen Aristokratie Tahitis zusammensetzten und heute die charakteristische Herrschaftselite bilden, gilt. (Vgl. Krosigk/ Rath/ Leidhold 1988, S. 47-48)

3.3. Dekolonisation?

Auch Französisch-Polynesien erhielt 1946 im Rahmen der Konstruktion der «Union française» den formellen Status eines TOM. (Vgl. Trémon: *Conflicting autonomist and independentist logics in French Polynesia*. In: *The journal of the Polynesian Society*, 2006, S. 263) Das französische Kolonialsystem existierte jedoch, wie in Neukaledonien weiterhin. Die Unzufriedenheit im Überseeterritorium wuchs daher beständig und führte zu starken Unabhängigkeitsbestrebungen. Ein erster Distanzierungsprozess von Frankreich begann in Französisch-Polynesien bereits unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Durch die Gründung der ersten antikolonialen politischen Partei «Rassemblement Démocratique du Peuple Tahitien» (RDPT) 1949 unter Führung des charismatischen Tahitianers Pouvanaa a Oopa, erhielt die Protestbewegung ihren organisatorischen Rahmen. In Pouvanaa a Oopa fand der Protest und die Empörung der Bevölkerung eine Kanalisierung, denn sie bemerkte, „that there was a man who could speak not only to them but for them“ (Zit. nach Jadin 1994b, S. 83). Infolgedessen erhielt seine Partei in den nächsten Jahren einen enormen Mitgliederzuwachs (Vgl. Thompson/ Adloff 1971, S. 34), unter anderem aufgrund des Parteiprogramms, das aus traditionellen polynesischen, christlichen und sozialistischen Vorstellungen bestand. (Vgl. Gonschor 2002a, S. 3) Ähnlich wie in Neukaledonien gab das Rahmengesetz unter Defferre 1956 auch Französisch-Polynesien eine gewisse innere Autonomie, wobei sich jedoch Pouvanaa a Oopa weiterhin für die Unabhängigkeit einsetzte. (Vgl. Jadin 1994a S. 13)

3.4. Neokolonialismus

Wie in Neukaledonien fand jedoch 1958 unter der V. Republik de Gaulles ein Rückschritt in Richtung Neokolonialismus statt. Sukzessive wurde das Überseeterritorium erneut einer zentralen Kontrolle unterworfen, was sich zunächst in der vorübergehenden Auflösung des «Conseil de Gouvernement» und in einer Abtretung der lokalen Kompetenzen an die Nationalregierung äußerte. (Jardin 1994b, S. 51) Die zunehmend repressive Gangart in Form der Verhaftung des charismatischen Führers und Ministerpräsidenten der autonomen Regierung Pouvanaa a Oopa unter dubiosen Umständen und dessen Verurteilung zu acht Jahren Gefängnis und 15 Jahre Exil führte zur praktisch vollständigen Zerschlagung der tahitianischen Nationalbewegung. (Vgl. Jadin 1994a, S. 13) Im Rahmen dessen stellte das «Loi Jacquinet» 1964, das die Monopolstellung der UC beendete, laut dem Vizepräsidenten der Assemblée Roch Pidjot, „a 20-year step backwards into colonialism“ (Robie 1989, S. 93) dar.

Der Grund für dieses harte Vorgehen war, dass das Überseeterritorium nach dem Verlust der Algerischen Sahara durch die Unabhängigkeit Algeriens 1962 als Testgelände für die Force de Frappe zum zentralen Faktor der französischen Sicherheitspolitik wurde. (Vgl. Krosigk/ Jadin 1994, S. 67) Infolgedessen richtete die französische Regierung 1963 ein «Centre d'Expérimentation du Pacifique» (CEP) in Französisch-Polynesien ein, das von 1966 bis 1996 44 oberirdische und 115 unterirdische Atomtests auf den Atollen Moruroa und Fangataufa durchführte. (Vgl. Danielsson. In: The legacy of French nuclear testing. In: The bulletin of the atomic scientists 1990, S. 22; 24-25)

Insbesondere die atmosphärischen Tests provozierten heftige Proteste der polynesischen Politiker und bei den Anrainerstaaten in der Pazifikregion, die sich in Verbindung mit einer Stigmatisierung Frankreichs als eine der letzten Kolonialmächte in den 1970er Jahren erheblich steigerten. (Vgl. Aldrich 1993, S. 309-316; Jardin 1994b, S. 52)

Innerhalb Französisch-Polynesiens führte das CEP in den 1960er Jahren zu starken sozialen und demographischen Veränderungen, denn die französische Regierung investierte in großem Stil Geld in Französisch-Polynesien: Zum einen um die notwendige militärische Infrastruktur aufzubauen, zum anderen aber auch um den Widerstand der Polynesiern durch den importierten Wohlstand zu brechen. (Vgl. Gonschor 2002a, S. 4; Gonschor 2002b, S. 3) In Folge des CEP setzte eine wahre «*submersion démographique*» (Chesneaux/ Maclellan 1992, S. 133; Hervorhebung im Original) ein, in dem Tausende Franzosen, Militärs und zivile Verwaltungskräfte ins Überseeterritorium immigrierten, während bei den Polynesiern, die als Hilfsarbeiter angeworben wurden, eine „Landflucht“ von ihren Heimatinseln nach Moruroa oder in die Hauptstadt Papeete einsetzte. Die einheimische Bevölkerung gab daher allmählich ihre Subsidenzwirtschaft auf und es bildete sich in Französisch-Polynesien eine moderne, künstliche Dienstleistungs- und Konsumgesellschaft aus, die jedoch auf keiner eigenen wirtschaftlichen Grundlage beruhte, sondern weitgehend von französischen Transfergeldern abhängig war. (Vgl. Danielsson: The legacy of French nuclear testing. In: The bulletin of the atomic scientists 1990, S. 22; 24-25; Jardin 1994b, S. 113-139)

Die 1970er Jahre waren geprägt durch die Konfrontationen um Integration, Autonomie oder Unabhängigkeit in Verbindung mit der Diskussion über eine Ablehnung oder Befürwortung der Nukleartests, wobei sich zwei politische Gruppierungen herausbildeten: Auf der einen Seite standen die autonomistischen Nachfolger des RDPT

„Die patriotische Gruppe für eine autonome Republik“ unter der Führung von John Teariki und „Der neue Weg Polynesiens“ unter Francis Sanford. (Vgl. Jadin 1994a, S. 13) Die spätere Vereinigung beider Parteien gründete sich dabei auf die Forderung nach Autonomie Französisch-Polynesiens und der Ablehnung der französischen Atomtests. (Vgl. Aldrich 1993, S. 187)

Auf der anderen Seite befand sich der lokale Ableger der gaullistischen Partei „Versammlung des Volkes“ unter ihrem Vorsitzenden Gaston Flosse, die ihre Forderung nach innerer Selbstverwaltung mit einem streng pro-französischen und pro-nuklearen Kurs kombinierte. (Vgl. Krosigk/ Jadin 1994, S. 96)

Das politische Kräfteverhältnis war in den folgenden Jahren relativ ausgeglichen, (Vgl. Jadin 1994b, S. 87-88) wobei die Autonomisten die Wiedereinführung eines Autonomiestatus – mit einem geringeren Selbstverwaltungsgrad für die einheimische Regierung als im Rahmengesetz von 1956 – erreichten. (Vgl. Gonschor 2002b, S. 4) Das Statut vom 12. Juli 1977 bildete dabei einen Kompromiss zwischen den zentralstaatlichen Interessen Frankreichs und den Forderungen der französisch-polynesischen Kräfte. Die «autonomie de gestion» (Trémon: *Conflicting autonomist and independentist logics in French Polynesia*. In: *The journal of the Polynesian Society*, 2006, S. 263) beinhaltete den Grundgedanken der allgemeinen Kompetenz der territorialen Organe, wodurch prinzipiell die Forderung des Territoriums nach Selbstverwaltung anerkannt wurde. (Vgl. Rossignol: *Polynésie Française. L'Autonomie interne*. In: *Regards sur l'actualité*, 1984, S. 17) Das Statut stellte offensichtlich eine wesentliche Verbesserung gegenüber der repressiven neokolonialen Politik der vorhergehenden Jahre dar, jedoch ebte die Forderung des Überseeterritoriums nach innerer Autonomie nicht ab.

In dieser Zeit nahmen die sozialen Spannungen weiter zu, da die zunehmende Ansiedelung von Polynesiern in den slumähnlichen Vorstädten von Papeete ein erhebliches Konfliktpotential entwickelte. (Vgl. Gonschor 2002a, S. 5-6) Infolgedessen kam es im Sommer 1977 zu vermehrten Forderungen nach Unabhängigkeit, die sich in einigen Anschlägen gegen die französische Kolonialmacht, wie die Sprengstoffanschläge auf die Hauptpost Papeetes und das Haus eines Franzosen, äußerten. (Vgl. Delius 1986, S. 74)

Da sich ein weites Spektrum an radikalen politischen Parteien bildete, fehlten den Autonomisten jedoch die Stimmen die auf zahlreiche bewaffnete im Untergrund arbeitende Splittergruppen zerfielen. Dadurch kam bei der Wahl zur «Assemblée territoriale» 1982 der pro-französische Flosse mit seiner Partei „Versammlung des Volkes“ an die Macht, der von Frankreich weitgehende Geldmittel erhielt und immer stärker auch die autonomistische Position vereinnahmte. (Vgl. Jadin 1994a, S. 14) Flosse war nach Delius „also wieder einmal nur ein guter Verwalter des französischen Kolonialbesitzes, von dem weitere Schritte Richtung einer Unabhängigkeit Polynesiens nicht zu erwarten“ (Delius 1986, S. 97) waren.

3.5. Zugeständnis der inneren Autonomie

Wie bereits im ersten Teil über Neukaledonien dargestellt, schlugen die Sozialisten unter Mitterrand in den 1980er Jahren den „Weg der Mitte“ ein. Ebenso wie schon 1977 versuchte die französische Regierung durch ein neues Autonomieabkommen 1984 das wachsende Protestpotential für eine innere Autonomie abzufangen und die Fortführung der Atomtests zu garantieren. (Vgl. Krosigk/ Rath/ Leidhold 1988, S. 46;

Jadin 1994b, S. 52) Das Statut vom 6. September 1984 bildet in verschiedener Hinsicht eine Neuheit, da es einerseits das Ergebnis von tatsächlichen Verhandlungen zwischen französischem Zentralstaat und Überseeterritorium darstellte, andererseits zum ersten Mal der Terminus «autonomie interne» (Krosigk/ Jadin 1994, S. 71) offiziell zum Ausdruck kam.

Das erstmalige Zugeständnis einer eigenen politischen Identität fand in den nationalen Hoheitszeichen, wie Flagge, Hymne und Siegel, vor allem einen symbolischen Ausdruck. Hingegen brachte das Statut im Bezug auf die direkte Verantwortung der gewählten, territorialen Autoritäten für die eigenen Angelegenheiten des Territoriums, die Erweiterung der eigenen, territorialen Kompetenzen, den Handlungsspielraum im kulturellen Bereich sowie die Option in der Region des Südpazifik aktiv zu werden einen erheblichen Fortschritt. (Vgl. Rossignol: Polynésie Française. L'Autonomie interne. In: Regards sur l'actualité, 1984, S. 18-19)

Des Weiteren ermöglichte das festgelegte evolutionäre Prinzip des Statuts explizit eine zukünftige Anpassung, wobei dies auch durch die Gesetze von 1990, 1995 und 1996 genutzt wurde, die insgesamt eine weitere Kompetenzübertragung auf die Territorialregierung darstellten. (Vgl. Jadin 1994b, S. 57)

Dennoch behielt der französische Staat eine umfassende Anzahl an Restkompetenzen, die die Begrenzung der territorialen Selbstverwaltung des TOM deutlich zeigte. Außerdem hat sich Paris auf den Gebieten des höheren Bildungswesens, des Zivilschutzes, der Fischfangabkommen etc. ein obligatorisches Konsultationsrecht vorbehalten. (Vgl. Krosigk/ Jadin 1994, S. 74)

In den 1990er Jahren konnte der pro-französische Flosse seine persönliche Macht mit Unterstützung Frankreichs ausbauen und wurde zur dominierenden politischen Persönlichkeit. (Vgl. Gonschor 2002b, S. 5, Gonschor 2002a, S. 5) Zeitweise hatte er die Ämter eines territorialen Regierungspräsidenten, eines Europaabgeordneten und das eines Staatssekretärs für die Belange des Südpazifiks in der Regierung Chirac inne, wobei er daneben auch in der kommunalen Politik als Bürgermeister von Pirae tätig war. (Vgl. Chesneaux/ Maclellan 1992, S. 130; Jadin 1994a, S. 14) Insgesamt war er von 1982 bis 2005 fast ununterbrochen Präsident Französisch-Polynesiens bis auf zwei kurze politische „Zwischenspiele“ (Vgl. Tahitipresse 2005, o. S.): Zum einen die dreijährige heterogene Koalitionsregierung aus opportunistischen Splittergruppen ab 1987 (Vgl. Chesneaux/ Maclellan 1992, S. 131-132) und zum anderen die viermonatige Regierung Oscar Temarus im Jahr 2004. (Vgl. France politique o. J., o. S.) In den 1990er Jahren wurde insbesondere Oscar Temaru mit seiner konsequent interdependistischen Partei «Front de Libération de Polynésie» (Tanisi-FLP) zum Gegenspieler Flosses und zur führenden Oppositionspartei. (Vgl. Jadin 1994a, S. 14; Gonschor 2002a, S. 6)

Als das Ende der Atomtests 1995 von Paris verkündet wurde, kam es im TOM zu schweren sozialen Unruhen, die die französische Regierung durch Fremdenlegionäre bekämpfte. (Vgl. Der Spiegel 11.09.2005, S. 156) Der Grund der polynesischen Bevölkerung für diese Welle der Gewalt war sowohl die Angst vor der Radioaktivität als auch die Sorge des «apres nucléaire» (Ebd. 11.09.2005, o. S.), da Tahiti überwiegend von der Atombombe „lebte“. Dadurch erhielt wiederum die interdependistische Bewegung starken Auftrieb und kurzzeitig internationale Aufmerksamkeit und Solidarität.

Sowohl in den 1980er als auch in den 1990er Jahren, waren jedoch nur etwa 30 % der Maohi für die Unabhängigkeitsbewegung, wohingegen sich die Mehrheit für den

pro-französischen Flosse aussprach. Die ungleiche Stimmenverteilung ergab sich aus dem wirtschaftlichen, klientelistischen System Französisch-Polynesiens. Da die Regierung Flosse über die französischen Subventionsgelder verfügen konnte, entstand eine Klientel von abhängigen Wählern, wodurch jedoch der Aufbau einer eigenständigen Wirtschaft verhindert und eine stärkere Abhängigkeit vom französischen Staat gefördert wurde (Vgl. Gonschor 2002b, S. 5) – das «système Flosse» (Trémon: *Conflicting autonomist and independentist logics in French Polynesia*. In: *The journal of the Polynesian Society*, 2006, S. 261, 268). Frankreich indes tolerierte bislang diese Klientelwirtschaft, die die demokratischen Normen verletzt. Es hat den Anschein, als ob Paris nach der direkten Kontrolle durch den Zentralstaat nun eine „low-profile-Politik“ (Jadin 1994b, S. 110; Krosigk/ Rath/ Leidhold 1988, S. 204-205) im Rahmen der Dezentralisierung und der inneren Autonomie verfolgt, die keiner größeren Eingriffe bedarf, solange die Auseinandersetzungen um die Statusfrage nicht wieder ausbrechen und die wirtschaftlichen und strategischen Kalküle im Bezug auf Französisch-Polynesien nicht gefährdet werden. Infolgedessen entstand eine gegenseitige nutzbringende Abhängigkeit zwischen der französischen Regierung und der lokalen Politik, die aus einer Loyalität der polynesischen Politiker im Gegenzug für Transferzahlungen und andere Vergünstigungen besteht. (Vgl. Krosigk/ Jadin 1994, S. 116-117; Aldrich/ Connell 1992, S. 201)

3.6. Neuer Status einer «Collectivité d'outre-mer»

Mit der Verfassungsänderung vom 28. März 2003 und dem Übersee-Gesetz vom 21. Juli 2003 erlangte Französisch-Polynesien den politischen Status einer «Collectivité d'outre-mer» (COM), die ein stärkere Autonomie versprach. (Vgl. Botschaft Frankreich, o. S.)

Mit dem Verfassungsergänzungsgesetz vom 27. Februar 2004 und dem gewöhnlichen Gesetz erhielt das COM die Bezeichnung «Pays d'outre-mer au sein de la République» (POM), was zu einer Verstärkung der Autonomie und Klärung der Kompetenzen zwischen dem Staat und der Gemeinschaft führte, dennoch weitgehend dem Status von 1996 entsprach. (Vgl. Trémon: *Conflicting autonomist and independentist logics in French Polynesia*. In: *The journal of the Polynesian Society*, 2006, S. 266) Das Überseeland darf nun über Vertretungen – jedoch nicht über diplomatischen Repräsentanzen – in den von Frankreich anerkannten Staaten verfügen, wobei weiterhin der Hoch-Kommissar der französischen Republik den polynesischen Staat repräsentiert. Im Bezug auf die Institutionen wurde die Position der lokalen Regierung und des lokalen Präsidenten verstärkt, wohingegen die Zuständigkeit des französischen Zentralstaates bei den Schlüsselkompetenzen der Außenpolitik, Justiz, Verteidigung, innere Sicherheit und Geldwesen verbleibt. (Vgl. *Les collectivités territoriales et la décentralisation* 2006, S. 90-92)

In den Jahren zwischen 2004 und 2008 ereignete sich eine Phase der politischen Instabilität mit häufigen Regierungswechseln, die sich unter anderem im Oktober 2004 durch den Sturz des Präsidenten Temaru mit seiner Partei „Diener des Volkes“ durch das Misstrauensvotum Flosses äußerte. (Vgl. Trémon: *Conflicting autonomist and independentist logics in French Polynesia*. In: *The journal of the Polynesian Society*, 2006, S. 268) Aufgrund dessen ging die französisch-polynesische Bevölkerung zu Pro-Temaru Massendemonstrationen mit bis zu 22.000 Demonstranten auf die Straße und sammelte 43.000 Unterschriften. (Vgl. Gonschor 25.02.2005, o. S.; Gonschor 07.02.2005, o. S.)

Erst im Mai 2005 wurde Flosse nach über 20 Jahren politischer Dominanz des COM schließlich durch die Wahl Temarus abgewählt, der fortan einen „Wind des Wandels“ bringen sollte. Die Unabhängigkeit war immer noch das Ziel, jedoch sah er zuerst die Notwendigkeiten im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, um die Wirtschaft von der Abhängigkeit zur Selbstständigkeit zu entwickeln (Vgl. Trémon: *Conflicting autonomist and independentist logics in French Polynesia*. In: *The journal of the Polynesian Society*, 2006, S. 259-261, 270): *If we want to turn the page of Flosse's demagogu, clientelism, trading economy, we must work and talk with Paris.*“ (Zit. nach Trémon: *Conflicting autonomist and independentist logics in French Polynesia*. In: *The journal of the Polynesian Society*, 2006, S. 282)

4. Zusammenfassung der Entwicklung

Im Hinblick auf die anfangs gestellte Frage nach der Entwicklung der Kolonialisierung beziehungsweise „Dekolonisation“ Neukaledoniens und Französisch-Polynesiens ist folgende Zusammenfassung anzumerken. Sowohl Neukaledonien als auch Französisch-Polynesien waren vor ihrer „Entdeckung“ durch die Europäer durch indigene Völker besiedelt. Die ersten Einwohner Neukaledoniens waren Angehörige der Lapita-Kultur, die bereits zwischen der ersten Hälfte des 2. Jahrtausends vor Christus und 1000 vor Christus dort siedelten, und deren Nachkommen heute die indigene Bevölkerung der Kanak Neukaledoniens bilden. Ebenso ließen sich bereits 200 vor Christus die ersten Bewohner aus Südasiens in Französisch-Polynesien nieder, deren Nachfahren, die Maohi, bis heute in diesem Gebiet leben. Maßgeblich an der „Entdeckung“ sowohl Neukaledoniens als auch Polynesiens war der Engländer Cook beteiligt, der auf seinen drei Südseeereisen zunächst 1769 Französisch-Polynesien und 1774 Neukaledonien auffand.

Nach der Inbesitznahme Neukaledoniens durch Febvrier-Despointes 1853 und Französisch-Polynesiens durch die Abdankung des letzten tahitianischen Königs Pomare V. 1880, begann die Phase der Kolonialisierung und Kolonisierung durch Frankreich, wodurch sich jedoch unterschiedliche Implikationen ergaben. Über 30 Jahre lang wurde Neukaledonien ab 1863 als Strafkolonie genutzt, in denen insgesamt über 30.000 Strafgefangene in die Kolonie deportiert wurden. Hingegen verlief die „freie Kolonisierung“ ab 1880 anfangs eher schwach und unregelmäßig. Hinzu kommt, dass in Neukaledonien zwischen 1887 und 1977 die reichhaltigen Nickelvorkommen durch die französische Kolonialmacht abgebaut wurden, wodurch viele Arbeitskräfte aus Asien und den damaligen Neuen Hebriden insbesondere in die Hauptstadt der Grand Terre, Nouméa, einwanderten. In Neukaledonien wurde die indigene Bevölkerung der Kanak stark durch die französische Kolonialregierung unterdrückt: Zum einen in Form von Umsiedlungen und Landenteignungen, denn ab 1867 mussten die Kanak in Reservaten leben, und zum anderen durch den « Code de l'Indigénat » von 1887, der die Kanak außerhalb des allgemein geltenden Rechts stellte. Neukaledoniens melanesische Bevölkerung leistete erheblichen Widerstand gegen die Franzosen, wobei die Aufstände von 1878 und 1917 nur die größten Rebellionen darstellten.

In Französisch-Polynesien begehrte die indigene Bevölkerung der Maohi ebenfalls bis 1900 gegen die französische Kolonialherrschaft auf, was sich unter anderem bereits von 1844 bis 1846 in einem offenen Krieg zwischen den französischen und den tahitianischen Truppen äußerte. Die Marginalisierung der Maohi in Französisch-

Polynesien war jedoch geringer als die der Kanak in Neukaledonien, denn weder wurde ihnen ein «Code de l'Indigénat» auferlegt noch wurden sie in Reservate zurückgedrängt. Vielmehr vermischte sich die indigene Bevölkerung mit den europäischen und asiatischen Immigranten, wobei die Nachfahren der indigenen Aristokratie Tahitis und der europäischen Siedler «demis» genannt werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg formierte sich in beiden Inselwelten eine Unabhängigkeitsbewegung. Sehr früh – schon 1949 – setzte in Französisch-Polynesien eine erste Distanzierung von Frankreich durch die erste antikoloniale politische Partei «Rassemblement Démocratique du Peuple Tahitien» (RDPT) unter Führung des Pouvanaa a Oopa ein. In Neukaledonien formierte sich dagegen die Protestbewegung 1956 in Form der ersten Oppositionspartei «Union Calédonienne» (UC) unter Lenormand.

In den folgenden Jahren vollzog sich in den beiden Kolonien eine gewisse Entwicklung der „Entkolonialisierung“, die jedoch durch abwechselnde Phasen von Zugeständnissen und Repressionen durch die französische Regierung gekennzeichnet waren. Die gaullistischen Regierungen Frankreichs unter De Gaulle und Chirac versuchten die Unabhängigkeitstendenzen beider Inselgruppen zu unterdrücken. Zunächst erfolgte in der V. Republik unter De Gaulle ab 1958 eine Wiederaufhebung des Autonomiestatus, das Neukaledonien und Französisch-Polynesien im Rahmen der «Union Française» zugesprochen worden war, und eine Wiedereinführung des autoritären Kolonialsystems. Einerseits beschnitten die „Lois Jacquinet“ 1963 und die «Lois Billotte» 1969 die lokalen Kompetenzen zugunsten der französischen Nationalregierung und der Gemeinderäte in Neukaledonien. Andererseits versuchte die gaullistische Regierung durch die Entmachtung der Führer der Unabhängigkeitsbewegungen in beiden Inselwelten, Lenormand und Pouvanaa a Oopa, in Form von Verhaftung und Verurteilung zu Gefängnisstrafen die sich zunehmend formierende Nationalbewegung zu unterdrücken. Begründet lag diese repressive Gangart de Gaulles neben anderen Faktoren darin, dass Frankreich sich im Bezug auf Neukaledonien die großen Nickelreserven sichern wollte. Im Hinblick auf Französisch-Polynesien wurde die neokoloniale Politik durch das Ziel hervorgerufen, das weitläufige Inselgebiet nach dem Verlust der Algerischen Sahara als Atomtestgelände für die Force de Frappe zu nutzen.

In Neukaledonien, aber auch in Französisch-Polynesien führte diese repressive Politik in den 1970er und 1980er Jahren zu erheblichen Konflikten. Nach mehreren gewaltsamen Zwischenfällen in den 1970er Jahren spitzte sich die Situation in Neukaledonien 1984/85 und abermals 1988 an den Rand eines Bürgerkriegs zu. Zwischen 1984 und 1985 ereigneten sich in Neukaledonien blutige Auseinandersetzungen zwischen melanesischen Einwohnern, europäischen Siedlern sowie dem französischen Militär. Nachdem Chirac mit seiner gaullistisch-konservativen Partei 1986 die französische Regierung übernahm, verschärfte er die neokoloniale Politik Frankreichs, indem er das «Statut Pons» erließ. Die Reaktion auf des repressive „Pons-Gesetz“ in Neukaledonien war ein erneuter Ausbruch der Gewalt 1988 mit bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen. Die Welle der Gewalt war innerhalb Französisch-Polynesiens nicht dermaßen gravierend wie in Neukaledonien, dennoch ereigneten sich 1977 einige Zwischenfälle gegen die Kolonialmacht Frankreich in Form von Sprengstoffanschlägen auf die Hauptpost Papeetes und das Haus eines Franzosen.

Im Gegensatz dazu zeigten sich die französischen Regierungen der Sozialisten unter Deferre und Mitterrand zu gewissen Dezentralisierungsmaßnahmen bereit. Beiden Inselgebieten gab Frankreich durch das «Loi cadre» unter DOM-TOM-Minister Gaston Deferre 1956 begrenzte innere Autonomie in Form des Status eines TOM.

Insgesamt erlangte Neukaledonien unter der sozialistischen Regierung Frankreichs eine raschere und weitreichendere „Entkolonialisierung“ als Französisch-Polynesien. Aufgrund der angespannten Lage in Neukaledonien 1983 gestand Mitterrand dem Überseeterritorium das «Statut Lemoine» zu, das bisher die weitreichendste innere Autonomie ermöglichte. Nach den schweren Ausschreitungen 1984/85 erreichte ebenfalls die Regierung Mitterrand durch den „Fabius-Pisani-Plan“ 1985 eine vorübergehende Beruhigung der bürgerkriegsähnlichen Zustände in Neukaledonien. Eine weitreichende Befriedigung gelang jedoch erst der wieder gewählten Regierung Mitterrands unter Premierminister Rocard durch die das Friedensabkommen der „Matignon-Verträge“ 1988. In diesem Sinne übertrug das „Abkommen von Nouméa“ 1998 die staatlichen Kompetenzen an die legislativen und exekutiven Behörden Neukaledoniens in einem stärkeren Maße und sprach Neukaledonien den politischen Status einer «Colléctivité à statut particulier» zu. Nach dem weitreichenden „Abkommen von Nouméa“ erließ – zwar die erneut gewählte Regierung Chiracs – ein neues politisches Statut 2003, das Neukaledonien in eine «Collectivité sui generis», eine zu Frankreich gehörige Überseegemeinschaft mit besonderem Status, umwandelte.

Aufgrund der Anschläge gegen die Kolonialmacht Frankreich 1977, gestand die französische Regierung Französisch-Polynesien die Wiedereinführung eines Autonomiestatus zu, der mit einem Kompromisscharakter zwischen dem Interesse des Zentralstaat und den französisch-polynesischen Forderungen versehen war. Als 1984 auch in Französisch-Polynesien sich das Protestpotential für eine innere Autonomie verstärkte, versuchte die sozialistische Regierung Mitterrands durch das Autonomieabkommen die Lage zu beruhigen, wobei dies durchaus in verschiedener Hinsicht einen Fortschritt darstellte. Was in Neukaledonien bereits durch das „Abkommen von Nouméa“ 1998 erreicht wurde, erlangte Französisch-Polynesien annähernd durch den neuen politischen Status einer «Collectivité d’outre-mer» (COM) 2003 und durch das neue Statut eines «Pays d’outre-mer au sein de la République», das die innere Autonomie erweiterte und die Kompetenzen zwischen dem französischen Zentralstaat und der Gemeinschaft neu ordnete.

Trotz der Tatsache, dass Französisch-Polynesien bis heute eine relativ weitgehende Autonomie erreicht hat und insbesondere Neukaledonien mit dem für 2014 geplanten Referendum auf dem Weg in die Unabhängigkeit erscheint, zeigt sich an der bisherigen Entwicklung der „Dekolonisation“ deutlich, dass Frankreich nur soweit zu Zugeständnissen bereit ist, um die Lage in beiden Inselwelten zu beruhigen. (Vgl. Krosigk/Rath/Leidhold 1988, S. 46; Jadin 1994b, S. 52) Daher ist nicht verwunderlich, dass die Frage der „Dekolonialisierung“ jedoch für beide französische „Kolonien“ verneint werden muss, denn bis heute haben sie keine formale Unabhängigkeit erlangt. Ein Ende des Prozess der Entkolonialisierung ist in Neukaledonien, Französisch-Polynesien und den anderen sieben französischen «collectivités territoriales situées en outre-mer» noch nicht abzusehen, da Frankreich bis heute die „Besitzungen“ als integralen nationalen Bestandteil Frankreichs auffasst, auf den es nicht bereit ist zu verzichten. (Vgl. Krosigk/Rath/Leidhold 1988, S. 7; Krosigk/Jadin 1994, S. 3)

5. Literaturverzeichnis

Quellen

La «circulaire Messmer» de janvier 1972. abgedruckt in: Desliat, Claude: Nouvelle-Calédonie. 40 ans d'histoire politique. In: Regards sur l'actualité 144 (September-Oktober 1988). S. 14.

Tjibaou, Jean-Marie: La présence Kanak. Paris 1996.

Darstellungen

Aldrich, Robert: France and the South of Pacific since 1940. Hong Kong 1993.

Aldrich, Robert: Greater France. A History of French Overseas Expansion (= European Studies Series). Houndmills u.a. 1996

Aldrich, Robert: New Caledonia. The current crisis in historical perspective. In: Contemporary French Civilization 2 (Summer 1986). S. 175-209.

Aldrich, Robert/ Connell, John: France's overseas frontier. Départements et territoires d'outre-mer. Cambridge/ New York 1992.

Bachimon, Philippe: Le continentalisme et l'exploration du pacifique sud. In: Deckker, Paul de/ Toullelan, Pierre-Yves (Hg.): La France et le Pacifique (= Bibliothèque d'Histoire d'Outre Mer Nr. 10). Paris 1990. S. 13-44.

Baré, Jean-Francois: La France dans la logue durée tahitienne. In: Deckker, Paul de/ Toullelan, Pierre-Yves (Hg.): La France et le Pacifique (= Bibliothèque d'Histoire d'Outre Mer Nr. 10). Paris 1990. S. 62-93.

Bensa, Alban: Nouvelle-Calédonie un paradis dans la tourmente. Paris 1990.

Blanchet, Gilles: Le Rééquilibrage. In : David, Gilbert/ Guillaud, Dominique/ Pillon, Patrick (Hg.): La Nouvelle-Calédonie à la croisée des chemins. 1989-1997. Paris 1999. S. 37-55.

Blay, S. K. N.: Self-determination and the crisis in New Caledonia. The search for a legitimate self. In: Asian Survey 8 (August 1988). S. 863-880.

Bouche, Denise/ Pluchon, Pierre: Histoire de la colonisation française Bd. 2. Paris 1998.

Chappell, David A.: The Noumea accord. Decolonisation without independence in New Caledonia? In: Pacific Affairs 3 (Herbst 1999). S. 373-391.

Chesneaux, Jean/ Maclellan, Nic: La France dans le Pacifique. De Bougainville à Moruroa. Paris 1992.

Les collectivités territoriales et la décentralisation (= Découverte de la vie publique). Paris, 2. Aufl. 2006.

Connell, John: Independence, dependence and fragmentation in the South Pacific. In: GeoJournal 6 (1981). S. 583-588.

Connell, John: The fight for Kanaky. Decolonisation in the South Pacific. In: Australian Geographer 1 (Mai 1987). S. 57-62.

Danielsson, Bengt: Poisoned Pacific. The legacy of French nuclear testing. In: The bulletin of the atomic scientists 2 (1990). S. 22-31.

Dauphiné, Joël: Les spoliations foncières en Nouvelle-Calédonie (1853-1913). Paris 1989.

Delius, Ulrich: SOS Moruroa. Französische Atomtests im Pazifik. Neuendettelsau 1990.

Delius, Ulrich: Tahiti, Französisch-Polynesien. Südseeparadies unter dem Atompilz (= Pogrom). Göttingen/ Wien, 3. Aufl. 1986.

Deslhiat, Claude: Nouvelle-Calédonie. 40 ans d'histoire politique. In: Regards sur l'actualité 144 (September-Oktober 1988). S. 3-43.

Deterts, Dorothea: Die Gabe im Netz sozialer Beziehungen. Zur sozialen Reproduktion der Kanak in der Paicî-Sprachregion um Koné (Neukaledonien) (= Göttinger Studien zur Ethnologie Nr. 8). Phil. Diss. Hamburg 2002.

Devaux, Marianne: L'Organisation de la Nouvelle-Calédonie. Institutions et régime législatif. Nouméa 1997.

Dornoy, Myriam: Politics in New Caledonia. Sydney 1984.

Gallien, Anne: Nouvelle-Calédonie. Entkolonisierung oder Katastrophe. In: Lendemains (Berlin/West) 37 (1985). S. 89-93.

Gonschor, Lorenz: Dezentralisierung oder Entkolonisierung? Die Evolution des politischen Status der französischen Überseegebiete im Pazifik (= Pazifik-Informationsstelle Nr. 62).Tübingen 2002b.

Gonschor, Lorenz: Die Unabhängigkeitsbewegung in Französisch-Polynesien und ihre Suche nach kultureller Identität (= Pazifik-Informationsstelle Nr. 60). Tübingen 2002a.

Guillebaud, Jean Claude: Les confettis de l'Empire. Martinique, Guadeloupe, Guyane Française, La Réunion, Nouvelle-Calédonie, Wallis-et-Futuna, Polynésie Française, Territoire français des Afars et des Issas, Saint-Pierre-et-Miquelon, Terres australes et antarctiques françaises, Nouvelles-Hébrides, Archipel des Comores (= L'histoire immédiate). Paris 1976.

Henningham, Stephen: A dialogue of the deaf. Attitudes and issues in New Caldonian politics. In: Pacific Affairs 5 (Winter 1988/1989). S. 633-652.

Jadin, Pierre: Die DOM-TOM - Frankreichs integrierte Dritte Welt. Probleme und Perspektiven hochsubventionierter und außengesteuerter Entwicklungsgesellschaften am Beispiel von Martinique, Réunion und Französisch-Polynesien. Diss. Erlangen 1994b.

Jadin, Pierre: Französisch-Polynesien. Eine aktuelle Landeskunde (= Pazifik-Informationsstelle Nr. 34). o. O. 1994a.

Kanakan. Ein Südsee-Volk kämpft um sein Land und seine Kultur. Neuendettelsau 1989.

Krosigk, Friedrich von/ Jadin, Pierre: Die französischen Überseegebiete. Paradoxien eines Entwicklungsexperiments (= Schriften des deutschen Übersee-Instituts Hamburg Nr. 29). Hamburg 1994.

Krosigk, Friedrich von/ Rath, Günter/ Leidhold, Wolfgang: Südsee – Eine Insel im Umbruch. Einzelstaatlicher und regionaler Wandel im Südpazifik (= Erlanger Forschungen A Geisteswissenschaften Nr. 44). Erlangen 1988.

Linder, Erich D.: Die Neukaledonien-Krise. Frankreichs Entkolonisation und Neokolonialismus. In: Vierteljahresberichte. Problems of international cooperation. 109 (September 1987). S. 293-307.

Merle, Isabelle: Expériences coloniales. La Nouvelle-Calédonie (1853-1920) (= Histoire et société). Paris 1995.

Robie, David: Blood in their banner. Nationalist struggles in the South Pacific. London/ New Jersey 1989.

Rosignol, Geneviève: Polynésie Française. L'Autonomie interne. In: Regards sur l'actualité, 106 (1984). S. 15-23.

Sand, Christophe: «Le temps d'avant» la préhistoire de la Nouvelle-Calédonie. Contribution à l'étude des modalités d'adaptation et d'évolution des sociétés océaniques dans un archipel Sud de la Mélanésie. Univ. Diss. Paris 1995.

Sarasin, Fritz/ Museum für Völkerkunde Basel: Portraits kanak – paroles kanak. Basel 1996.

Shineberg, Dorothy: Un nouveau regard sur la démographie historique de la Nouvelle-Calédonie. In: Journal de la Société des Océanistes (1983). S. 33-43.

Thompson, Virginia/ Adloff, Richard: The French Pacific Islands. French Polynesia and New Caledonia. Berkeley/ Los Angeles/ London 197.

Trémon, Anne-Christine: Conflicting autonomist and independentist logics in French Polynesia. In: The journal of the Polynesian Society 3 (2006). S. 259-288.

Ward, Alan/ Connell, John/ Spencer, Michael: Introduction. The Coq and the Cagou. In: Spencer, Michael/ Ward, Alan/ Connell, John (Hg.): New Caledonia. Essays in nationalism and dependency. St. Lucia/ London/ New York 1988. S. 1-21.

Internetquellen

Botschaft Frankreich <http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article562>, aufgerufen am 20.09.2009.

France politique <http://www.france-politique.fr/elections-polynesie-francaise.htm>, aufgerufen am 20.09.2009.

Gonschor, Lorenz 07.02.2005 <http://www.pazifik-infostelle.org/news/64747.html>, aufgerufen am 20.09.2009.

Gonschor, Lorenz 25.02.2005 <http://www.pazifik-infostelle.org/news/65792.html>, aufgerufen am 20.09.2009.

L'outre-mer gouvernement français. Nouvelle-Calédonie http://www.outre-mer.gouv.fr/?presentation-nouvelle-caledonie.html&artpage=4#outil_sommaire_6, aufgerufen am 20.09.2009.

L'outre-mer gouvernement français. Polynésie française http://www.outre-mer.gouv.fr/?presentation-polynesie-francaise.html&artpage=2#outil_sommaire_2, aufgerufen am 20.09.2009.

Presidence Polynésie française <http://www.presidence.pf/?q=node/5>, aufgerufen am 20.09.2009.

Der Spiegel: Polynesien. Paradies geschlossen. In: Der Spiegel 37 (11.09.2005). S. 156-158.
<http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?titel=Paradies+geschlossen&id=9220714&top=SPIEGEL&suchbegriff=&quellen=&qcrubrik>, aufgerufen am 20.09.2009.

Tahitipresse 18.02.2005 <http://www.pazifik-infostelle.org/news/65576.html>, aufgerufen am 20.09.2009.